

Netz Niederösterreich GmbH, Postfach 101, 2344 Maria Enzersdorf

Energie-Control Austria

Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Kontakt Dipl.-Ing. Martin Weber

Telefon + 43 2236 201-12203

Datum Maria Enzersdorf, 05.11.2018

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf zur Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung - Novelle 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 25.10.2018 wurde uns ein Begutachtungsentwurf zu Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung – Novelle 2019 sowie die korrespondierenden Erläuterungen mit der Einladung zur Stellungnahme bis spätestens 13.11.2018 übermittelt. Im Folgenden unsere Stellungnahme zu diesen Entwürfen:

ad §15 Abs. 3 und §15 Abs. 6 Z4:

In diesem Zusammenhang wird auf die aktuell laufende Diskussion zum Begutachtungsentwurf Lastprofilverordnung 2018 - LPV 2018 verwiesen. Die Marktteilnehmer wurden im Rahmen der Konsultation des LPV 2018 Entwurfs zur Stellungnahme eingeladen. Die Netz Niederösterreich hat der Regulierungsbehörde eine diesbezügliche Stellungnahme übermittelt (siehe Beilage). Etwaige Anpassungen des LPV 2018 Begutachtungsentwurfes als Resultat der Konsultation sind uns bislang nicht bekannt.

Wir erlauben uns daher erneut auf die von der Netz Niederösterreich GmbH eingebrachte Position zum LPV 2018 Entwurf hinzuweisen. Nachdem wesentliche Fragestellungen zur Implementierung von Verbrauchsaufzeichnungsmessgeräten aus dem LPV 2018 - Entwurf nicht hervorgehen, haben wir in unserer Stellungnahme die Einführung eines Verbrauchsaufzeichnungsmessgerätes abgelehnt.

In diesem Sinn lehnen wir auch die Anpassungen in §15 Abs. 3 und §15 Abs. 6 Z4 GSNE-Novelle 2019 ab und stellen unsere wesentlichen Kritikpunkte erneut dar:

- Bei einer Unterscheidung zwischen Verbrauchsaufzeichnungsmessgeräten (VAM) und Lastprofilzählern (LPZ) müssen zusätzlich auch systemtechnische und organisatorische Änderungen (z.B. Einführung neuer Abläufe, Auslesesoftware, Ersatzteilhaltung) bei den Netzbetreibern vorgenommen werden.

- Der Aufwand für die Beschaffung, Installation, Betrieb und Ablesung von VAM und LPZ ist ident. Daher ist nicht ersichtlich, warum zwischen diesen Geräten unterschieden werden sollte und unterschiedliche Entgelte für Messleistungen von VAM und LPZ gerechtfertigt sein sollten. Die Industrie kennt keine VAM, daher müssen für VAM auch LPZ eingesetzt werden. Die Anmerkung in den Erläuterungen zu §15 („Die dafür in Abs. 6 Z 5 festgelegten Höchstpreise orientieren sich dabei an einem gegenüber Lastprofilzählern verminderten Leistungsumfang und liegen zwischen den Entgelten für intelligente Messgeräte gemäß Z 1 und Lastprofilzählern gemäß Z 3.“) ist daher nicht nachvollziehbar.

- Es ist nicht geklärt was mit den Daten der VAM passieren soll.

- In der gelebten Praxis werden derzeit dem Kunden Impulsausgänge zur Verfügung gestellt, mit denen Aufzeichnungen durch den Kunden selbst durchgeführt werden können. Dieses System hat sich bewährt und wird auch so von den Kunden angenommen.

Mit der Bitte um Berücksichtigung verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Netz Niederösterreich GmbH

Beilage:

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf Lastprofilverordnung 2018 – LPV 2018 / 28.09.2018

Netz Niederösterreich GmbH, Postfach 101, 2344 Maria Enzersdorf

Energie-Control Austria

Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Kontakt Martin Weber

Telefon + 43 2236 201-12203

Datum Maria Enzersdorf, 28.09.2018

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf Lastprofilverordnung 2018 - LPV 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Begutachtungsentwurf Lastprofilverordnung 2018 nehmen wir Stellung wie folgt:

ad §2 Abs.10 „Verbrauchsaufzeichnungsmessgerät“

Die vorliegende Begriffsbestimmung lässt einen Rückschluss hinsichtlich der genauen Funktionalität des Verbrauchsaufzeichnungsmessgerätes offen. Weder ist der genaue Inhalt der zu messenden Verbrauchsinformationen bestimmt, noch ist geklärt, was mit den gewonnenen Verbrauchsinformationen passieren sollte.

Während die korrespondierenden Erläuterungen zu §2 den Schluss nahelegen, dass ein Verbrauchsaufzeichnungsmessgerät ident zu einem Lastprofilzähler ist, beschreiben die Erläuterungen zu §3, dass Verbrauchsaufzeichnungsmessgeräte sich in der Funktionalität zu Lastprofilzählern "ähneln". Offen bleiben damit auch sämtliche systemtechnischen und organisatorischen Änderungen bei den Netzbetreibern (z.B. Auslesesoftware, Einführung neuer Abläufe, etc.) durch die Einführung von Verbrauchsaufzeichnungsmessgeräten.

Ergänzend verweisen wir auf die GSNE-VO, die den Begriff des Verbrauchsaufzeichnungsmessgerätes nicht festlegt und sich somit auch keine Preisansätze dazu finden. Eine Möglichkeit zur Verrechnung des angemessenen Aufwendersatzes ist selbstverständlich vorzusehen.

Nachdem wesentliche Fragestellungen zur Implementierung von Verbrauchsaufzeichnungsmessgeräten (zu messende Verbrauchsinformationen, Preisansätze, etc.) aus dem vorliegenden Entwurf nicht hervorgehen, lehnen wir die gesamte Bestimmung §2 Abs. 10 ab und sollte diese entfallen.

ad §3 Abs.2 Z2 Zählergröße kleiner als G 100

Die G- Reihen Bezeichnung gilt zwar für Balgengaszähler, Drehkolbenzähler und Turbinenradzähler, nicht jedoch für Ultraschallgaszähler (siehe OIML R 31 und 32). Um auch diese zu erfassen sollte statt der Zählergröße G auf die maximale Durchflussmenge (Q_{max}) des Gaszählers abgestellt werden. In den aktuellen EN-Normen und technischen Regelwerken findet

die G-Reihe ebenfalls keine Anwendung mehr. Anstelle des bisherigen Kriteriums für die Zuweisung eines SLP „Zählergröße kleiner als G 100“ sollte daher die Wortfolge „einem maximalen Gasdurchfluss von 100 m³/h“ verwendet werden. Da die Zählergröße G 100 einer maximalen Durchflussmenge von 160 m³/h entspricht, ist die nächst kleinere Kategorie von 100 m³/h heranzuziehen (maximal 100 m³/h ist kleiner als G 100 = maximal 160 m³/h).

(2) Die Verteilernetzbetreiber haben für Zählpunkte von Netzbenutzern, standardisierte Lastprofile zu erstellen und diesen zuzuordnen, sofern an den Zählpunkten folgende Kriterien erfüllt sind:

- 1. Betriebsdruck unter 100 mbar und*
- 2. Jahresverbrauch am Zählpunkt kleiner als 400.000 kWh und Zählergröße kleiner als G 100 Zähler bis zu einem maximalen Gasdurchfluss (Q_{max}) von 100 m³/h.*

Im Zuge dieser Änderung kann die Begriffsbestimmung unter §2 Z 12 daher entfallen.

Ad §3 Abs. 4

Der Entwurf besagt, dass jedem Netzbenutzer mit standardisiertem Lastprofil, auf dessen Wunsch ein Verbrauchsaufzeichnungsmessgerät einzubauen ist. Diese Möglichkeit, dass selbst „Kochgaskunden“ mit einem Verbrauchsaufzeichnungsmessgerät ausgestattet werden können, wird abgelehnt. Der damit in Verbindung stehende Aufwand erscheint wirtschaftlich nicht vertretbar. Dem Kunden werden schon jetzt Impulsausgänge zur Verfügung gestellt, mit denen dieser die gewünschten Aufzeichnungen selbst durchführen kann.

Folgende Formulierung wird für §3 Abs. 4 vorgeschlagen:

(4) Die Verteilernetzbetreiber haben einem Netzbenutzer, dem auf Grund der Zuordnungskriterien ein standardisiertes Lastprofil zuzuordnen wäre, auf dessen Verlangen gegen angemessenen Aufwandsersatz einen Lastprofilzähler einzubauen. In diesem Fall erfolgt die Abrechnung der Netznutzungsentgelte nach der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 nach nicht leistungsgemessenen Entgelten.

Um Berücksichtigung unserer Stellungnahme wird ersucht.

Freundliche Grüße

Netz Niederösterreich GmbH

